

DIESE GRÜNEN!



KINDERBETREUUNG IN WUPPERTAL

■ WIRD DER RECHTSANSPRUCH ERFÜLLT?



Foto: Mathias Kehren

Im Rahmen einer Bürger*innenversammlung rückte der Bürgerverein Langerfeld im September das Thema „Kinderbetreuung in Langerfeld“ in den Fokus von Politik und Verwaltung.

Die Schließung von KiTas freier Träger – kirchlicher Einrichtungen – bringt insbesondere in Langerfeld-Süd Probleme für Kinder und Eltern mit sich. Zudem stockt auch der geplante weitere Ausbau der Kapazitäten. Eine an der Leibuschstraße von einem kirchlichen Träger geplante neue Einrichtung kann nun doch nicht von eben

diesem Träger gebaut werden. Fest steht, dass von CDU/SPD im Haushalt keine Mittel für einen städtischen Neubau an dieser Stelle eingestellt wurden. Der GRÜNE Ergänzungsantrag, mit 750.000 Euro zumindest zehn zusätzliche Gruppen bei freien Trägern zu finanzieren, wurde bei den Haushaltsberatungen ebenfalls abgelehnt. Aktuell liegen dem Jugendhilfeausschuss auf eine Anfrage der GRÜNEN hin interessante Daten zur Kinderzahlentwicklung in den einzelnen Stadtteilen Wuppertals vor. Demnach vollzieht sich der allseits angeführte „demogra-

fische Wandel“ in keinsten Weise einheitlich. Bis zum Jahr 2025 wird zum Beispiel in Uellendahl-Dönberg die Zahl der drei- bis sechsjährigen Kinder voraussichtlich um 15% sinken, während sie in Cronenberg um 20% steigen wird. Diese Entwicklung wirft Fragen zur weiteren Planung der Stadt und der freien Träger sowohl für die U3-Kinder als auch für die Drei- bis Sechsjährigen auf.

Auch Grundschulen und ihr Raumprogramm (Stichwort steigender Bedarf an offenen Ganztagschulen) sind hier betroffen.

Zurück zum Stadtteil Langerfeld: Der Ausbau der U3-Betreuung in den letzten Jahren hat auch hier zu Umstrukturierungen in den KiTas geführt. Hinzu kamen Gruppenschließungen in verschiedenen Einrichtungen.

Für die Betreuung der drei- bis sechsjährigen Kinder stehen daher mittlerweile deutlich weniger Plätze zur Verfügung. Am 01.06.2005 gab es in Langerfeld noch 888 Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder, mit dem 01.08.2013 beläuft sich deren Zahl auf nur noch 574! Und auch für Langerfeld werden von der Verwaltung steigende

Kinderzahlen prognostiziert.

Immer öfter wird von Eltern beklagt, dass sie für ihre „älteren“ Kinder keinen wohnortnahen KiTa-Platz erhalten. Die in den umliegenden Großstädten deutlich gestiegenen Wohnkosten haben unter anderem dazu geführt, dass die Einwohner*innenzahlen in Wuppertal nicht mehr sinken.

Hat die Verwaltung auch im KiTa-Bereich darauf gesetzt, dass es immer weniger Wuppertalerinnen und Wuppertaler geben wird? Fakt ist jedenfalls, dass in Wuppertal erst für 27% der U3-Kinder eine Betreuungsmöglichkeit in einer KiTa oder bei Tageseltern besteht. Der eigentliche Bedarf der Eltern liegt jedoch eher zwischen 40% und 50%. Mit den jetzt vom Rat beschlossenen Maßnahmen wird es frühestens in zwei Jahren für ca. 30% der U3-Kinder eine Betreuungsmöglichkeit geben.

Weitere Gelder wollte die große Koalition nicht in den Ausbau investieren. Ambitionierte Politik für Kinder, für den Rechtsanspruch auf Betreuung, für Teilhabe von Eltern am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben sieht wahrlich ganz anders aus.



Foto: Jörg Lange

ALLE JAHRE WIEDER ...

■ JO MEI, IS DENN SCHO WEIHNACHTEN?

Bereits am 3. November, einem verkaufsoffenen Sonntag, standen vor der C&A-Filiale in Elberfeld drei Buden, unter anderem eine Würstchenbraterei.

Das Foto entstand am 10. November, als der Aufbau für den Weihnachtsmarkt begann, obwohl dieser offiziell erst am 25. November (einen Tag nach Totensonntag) eröffnet wurde. Wie schon in den vergangenen Jahren wurde leider auch jetzt wieder das Spielgerät von C&A überbaut. Würstchen und Glühwein sind eben wichtiger als das Spielgerät für Kinder.



Foto: Klaus Lüdemann

Auch am 17.11. wurde auf dem ganzen Markt heftig geschraubt und eingeräumt. Bei allem Verständnis für die Interessen der Budenbetreiber – das ist nach GRÜNER Auffassung zu früh. Wie soll Weihnachtsstimmung aufkommen, wenn schon im September die Weihnachtsplätzchen in den Supermarktregalen liegen und bereits Anfang November der Budenzauber beginnt?

Es wäre schade, wenn die Weihnachtszeit mit der Möglichkeit zur Besinnung komplett dem Kommerz untergeordnet würde.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser, in Wuppertal sind dicke Bretter zu bohren, zum Beispiel beim Thema Döppersberg-Umbau. Die positive Stimmung ist nicht wegen der Kosten gekippt, sondern wegen des Umgangs von Oberbürgermeister und Stadtspitze mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Verbänden, dem Einzelhandel und mit Initiativen. Viel Vertrauen ist verloren gegangen, das es nun wieder herzustellen gilt. In dieser Ausgabe können Sie Antworten auf oft gestellte Fragen lesen und auch den Antrag zum Umbau des Döppersbergs, den wir im Rat am 18.11.2013 eingereicht haben. Der städtische Haushalt ist beschlossen. Wir erläutern unsere Einschätzung dazu und die GRÜNEN Anträge. Weitere Themen sind die Kinderbetreuungssituation, die Gleichstellung in städtischen Gremien, ein bisschen Weihnachten und vieles mehr.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen schönen Übergang ins neue Jahr.

Ihr Redaktionsteam

AUS DEM INHALT

Seite 2
GRÜNE Antworten zum
Döppersberg-Umbau

Seite 4
Haushaltsberatungen: 2014/15

Seite 4
Geschlechtergerechtigkeit
in städtischen Gremien

Seite 5
Eene, meene, meck –
Die Spielfläche ist bald weg!



STELLUNGNAHME DER GRÜNEN

■ DEN DÖPPERSBERG-UMBAU TRANSPARENT UND BÜRGERNAH GESTALTEN

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes von Bündnis 90/DIE GRÜNEN diskutierte am 07.11.2013 über den Döppersberg-Umbau. Nach einer sehr engagierten Diskussion haben die GRÜNEN einstimmig eine Stellungnahme beschlossen, die von der GRÜNEN Ratsfraktion als Antrag in den Rat der Stadt am 18.11.2013 eingebracht wurde.

Der Döppersberg-Umbau stellt das größte und wichtigste städtebauliche Projekt der Gegenwart in unserer Stadt dar. Dabei geht es im Kern darum, die Bausünden bei der Verkehrsplanung der 1960er Jahre zu korrigieren, in deren Mittelpunkt der absolute Vorrang des Autos vor allen anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern stand. Diese Konzeption, die folgerichtig die FußgängerInnen unter die Erde verfrachtete, keine Rücksicht auf die Barrierefreiheit nahm, den Öffentlichen Personennahverkehr an den Rand drängte, dem Fahrradverkehr überhaupt keine Aufmerksamkeit mehr zollte und auch ansonsten wenig innerstädtische Aufenthaltsqualität schuf, dominiert bis heute den Hauptverkehrsknotenpunkt unserer Stadt und somit auch den ersten Eindruck, den man erhält, wenn man mit der Bahn in unserer Stadt ankommt. Die einzelnen Bestandteile des Umbaus nach bisheriger Projektplanung haben in der Summe eine deutliche Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zum Ziel und sollen gleichzeitig eine spürbare Stärkung des Einzelhandels bewirken.

Dabei handelt es sich insbesondere um folgende Bestandteile des Projektes:

- Deutliche Verbesserung der Verkehrssituation für FußgängerInnen durch einen oberirdischen und direkten

Zugang vom Hauptbahnhof in die Elberfelder Innenstadt;

- erkennbare Aufwertung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch einen neuen Busbahnhof;

- Schaffung eines Fahrradabstellplatzes, um auch bei diesem Verkehrsprojekt das Ziel einer „Fahrradstadt Wuppertal“ weiter vorantreiben zu können;

- Reaktivierung der Wupper als erfahrung und sichtbare Lebensader für die Stadt durch einen direkten innerstädtischen Zugang und

- Schaffung neuer Aufenthaltsmöglichkeiten in der Innenstadt durch den Wupperpark.

Gerade aufgrund der oben angeführten Maßnahmen haben die GRÜNEN sich in der Vergangenheit stets sowohl als Kreisverband als auch als Fraktion im Rat ausdrücklich für das Vorhaben ausgesprochen.

Gleichwohl ist der Döppersberg-Umbau als Projekt in der Bevölkerung hoch umstritten. Das ist nicht zuletzt auf die katastrophale Kommunikationsstrategie und die fehlende Transparenz seitens der Stadtspitze in Person des Oberbürgermeisters zurückzuführen.

Aufgrund der langen Planungszeit war schon seit Längerem damit zu rechnen, dass es zu Kostensteigerungen kommen würde, daher ist es umso verständlicher, dass der OB noch im März dieses Jahres in seiner Online-Kolumne „Auf ein Wort“ davon sprach, die im Jahr 2010 beschlossene Deckelung der städtischen Kosten für den Umbau gelte weiterhin, so dass Mehrkosten definitiv innerhalb des Projektes durch

Umschichtungen und Verzicht auf Einzelmaßnahmen aufgefangen werden müssten. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte erkennbar sein müssen, dass erstens die Mehrkosten einen vertretbaren Rahmen überschreiten würden und zweitens diese nicht ohne Verlust der städtebaulichen Qualität und somit möglichen Verzicht auf die Landesmittel im Projekt selbst aufgefangen werden können.

Viel zu lange sind die Planungen an den Menschen, die von den Auswirkungen betroffen sind, vorbei betrieben worden. Entscheidungen wie die Sperrung der B7 zur Verkürzung der Bauzeit um zwei Jahre müssen zwingend ausführlich und ergebnisoffen mit den Betroffenen diskutiert werden. Dass unmittelbar mit der Präsentation der Idee der Eindruck erweckt wurde, es gäbe dafür bereits eine politische Unterstützung durch die große Koalition, schürt nur die weitere Unzufriedenheit mit der Kommunikation, die sich unmittelbar auch auswirkt auf die Akzeptanz für das Vorhaben insgesamt.

Oberbürgermeister und Stadtkämmerer haben mittlerweile öffentlich Fehler eingestanden. Dieses Eingeständnis und ein paar Veränderungen in der Vermarktung des Projektes werden aber nicht ausreichen, um wieder eine mehrheitliche Zustimmung zu diesem für die Stadt so wichtigen Projekt zu bekommen. Es bedarf daher externen Sachverständigen, um die heute kalkulierbaren Gesamtkosten für den Umbau zuverlässig so zu untermauern, dass zukünftig verlässliche und transparente Entscheidungen wieder ermöglicht werden. Unter diesen Bedingungen erscheint uns heute eine Zustimmung für eine Erhöhung des städtischen Anteils um zusätzlich 34,9 Millionen Euro vertretbar zu sein, um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden.

Die derzeitige öffentliche Fokussierung auf die möglichen negativen Auswirkungen des Umbaus in den nächsten Jahren verstellt den Blick auf den dauerhaften städtebaulichen und verkehrlichen Nutzen, den das Projekt mit sich bringt. Daher bedarf es eines deutlich anderen Vorgehens, als es in den vergangenen Jahren unter Oberbürgermeister Jung und Kämmerer Slawig betrieben wurde, um wieder Zustimmung für den Umbau und Vertrauen in die Handlungen der Entscheidungsträger zu erhalten.

Die GRÜNE Mitgliederversammlung beauftragt die GRÜNE Fraktion im Wuppertaler Stadtrat, folgende Forderungen in den Rat einzubringen:

1. Der von der Wuppertaler Stadtverwaltung zur November-Sitzung des Rates vorgelegte aktualisierte Gesamtkostenrahmen wird von einem unabhängigen Finanzgutachter überprüft, der gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer ausgewählt wird. Dabei sollen insbesondere die im Gutachten Hasselmann und Müller benannten weiteren Risiken zusätzlich bewertet werden.

2. Über die Frage der Verkehrsführung und alternativer Verkehrskonzepte während der Bauzeit, die auch den Öffentlichen Nahverkehr mit einbeziehen, entscheiden die Bürgerinnen und Bürger. Hierfür soll in einem ersten Schritt ein Bürgergutachten durch das sogenannte Planungszellen-Verfahren erstellt werden. Das Ergebnis dieses Verfahrens wird den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen eines vom Rat initiierten Ratsbürgerentscheides oder einer Bürgerbefragung nach Kölner Vorbild zur Entscheidung vorgelegt. Der Rat soll weiterhin erklären, dass er das Ergebnis als politisch bindend betrachtet.

3. Die Entwicklung des Investorenkubus und der dort entstehenden Einzelhandelsflächen ist ein wichtiger Baustein des Gesamtprojektes, daher muss auf Projekte innerhalb der Elberfelder Innenstadt verzichtet werden, durch die zusätzliche Einzelhandelsflächen geschaffen werden sollen. Stattdessen muss auch verstärkt in die Aufenthaltsqualität des Zentrums investiert werden. Daher soll der Platz am Kolk zu einem Bürgerpark umgestaltet werden.

4. Der Rat soll die Verwaltung beauftragen, eine Potenzial-Analyse für den Einzelhandel in Elberfeld und Barmen in Auftrag zu geben. Dabei müssen insbesondere Maßnahmen, die eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit von schwachen Einkaufsbereichen in den Zentren ermöglichen können, erarbeitet werden.

5. Der Ratsbeschluss über die Festlegung der Gesamtbausumme auf 140 Mio. wird vertagt. Die Verwaltung soll beauftragt werden, das bereits ausgeschriebene Los „Tiefgarage und Mall“ mit Baukosten von ca. 30 Mio. in Auftrag zu geben, damit sich die Laufzeit des Gesamtprojektes nicht um Jahre verlängert.

6. Die Stadtverwaltung soll einen „Kassensturz“ über den aktuellen Stand der bisher ausgegebenen Mittel vornehmen und die Baubegleitkommission Döppersberg hierüber ausführlich informieren.

Ab sofort werden die Mitglieder der Baubegleitkommission regelmäßig über den Stand der ausgegebenen Mittel und der abgerufenen Fördergelder in Kenntnis gesetzt.

Hierfür soll die Verwaltung ein Konzept für ein dauerhaftes und regelmäßiges Berichtswesen erarbeiten und dem Rat vorlegen.

UMBAU DÖPPERSBERG UND GEPLANTE SPERRUNG DER B7

■ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ANTWORTEN AUF FRAGEN

1. Die GRÜNEN haben bei der Ratsitzung im November gegen die Mehrkosten für den Umbau gestimmt. Sind die GRÜNEN gegen den neuen Döppersberg?

Nein, wir sind für das Projekt „Umbau Döppersberg“! Wir haben gegen den Antrag von CDU, SPD und FDP gestimmt, weil wir zuerst wissen wollen, wie hoch die Kosten tatsächlich werden. Das soll ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer ermitteln.

2. Warum konnte der ursprüngliche Kostenrahmen, der von der Stadtspitze lange als endgültig dargestellt wurde, nicht eingehalten werden?

Im Juli wurde das Ergebnis einer Ausschreibung für das Teilprojekt „Tiefgarage und Mall“ bekannt. Geplant waren Baukosten von ca. 15 Mio. Euro. Das günstigste Angebot lag knapp unter 30 Mio. Euro. Daraus hat die Verwaltung Steigerungen bei weiteren Teilprojekten hochgerechnet. Als Begründung für die Kostensteigerungen mussten zudem die üblichen und kalkulierbaren Preissteigerungen im Baubereich seit 2007 herhalten. Sie waren offenbar nicht eingepreist. So funktioniert kein erfolgreiches Projektmanagement.



Foto: Mathias Kehren

3. Warum wollten die GRÜNEN den Beschluss vertagen?

Wir wollen zunächst die Ergebnisse des Wirtschaftsprüfers abwarten und bewerten. Nach dem Wortbruch des Oberbürgermeisters, der noch zu Beginn des Jahres bekräftigte, dass alle Mehrkosten im Projekt selber aufgefangen werden könnten und

müssten, ist das Vertrauen in ihn auf den Nullpunkt gesunken.

Die vorgelegten Zahlen und die beschriebenen weiteren Risiken müssen daher extern untersucht werden, damit anschließend eine verlässliche und verantwortbare Entscheidung möglich ist.

4. Welche Folgen hätte eine Vertagung der Entscheidung?

Die Verwaltung sagt, dann könne nicht weitergebaut werden. Wir fragen uns, warum die Verwaltung dies nicht mit den kommunalen Aufsichtsbehörden besprochen hat. Jedenfalls wurde uns nichts über die Gespräche berichtet. Wir gehen davon aus, dass durch eine Vertagung die Möglichkeit besteht, die derzeitigen Kritiker wirksam und konstruktiv mit in das Verfahren einzubinden. Und durch die oben beschriebene externe Prüfung könnte wieder mehr Akzeptanz für den Umbau erreicht werden.

5. Wie stehen die GRÜNEN zur von der Verwaltung vorgeschlagenen Sperrung der B7?

Wir nehmen Bürgerbeteiligungen ernst und wollen eine Abstimmung aller Bürgerinnen und Bürger über diese Frage. Die Gemeindeordnung NRW sieht dazu das Mittel des Ratsbürgerentscheides vor. Der Rat kann von sich aus mit Zweidrittelmehrheit die Durchführung eines sogenannten Ratsbürgerentscheides beschließen. Dieser wird wie ein per Bürgerbegehren erreichter Bürgerentscheid durchgeführt.

Weitere Informationen:

<http://nrw.mehr-demokratie.de/buergerentscheid-spielregeln.html#sthash.O3Sgav0D.dpuf>

6. Ist es unbedingt notwendig, die B7 tieferzulegen?

Auf die Tieferlegung zu verzichten, würde eine komplette Neuplanung nötig machen. Das würde eine erhebliche Verzögerung und möglicherweise den Verlust von Fördergeldern bedeuten.

Die Tieferlegung bedeutet eine Aufwertung der Wegebeziehungen für Nutzer*innen des ÖPNV zwischen Schwebebahn, Hauptbahnhof und Busbahnhof.

7. Wie stehen die GRÜNEN zur Forderung einer Begrenzung der Gesamtkosten auf 105 Millionen Euro und zum geplanten Bürgerbegehren?

Die Begrenzung der Baukosten auf 105 Millionen Euro wäre das Ende des Projektes. Es ist nach aktueller Sachlage nicht möglich, zu diesem Preis einen vernünftigen Busbahnhof und einen einladenden Bahnhofsvorplatz zu bauen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

GASTKOMMENTAR: NEUREGELUNG DER INTEGRATIONSRÄTE IN NRW

■ VON JUTTA VELTE MDL, BERGISCHE LANDTAGSABGEORDNETE DER GRÜNEN

Im kommenden Jahr steht neben Kommunal- und Europawahl eine weitere wichtige Wahl an: die der Integrationsräte. In den letzten Jahren wurde deutlich, dass wir im Bereich der Integrationsräte bzw. -ausschüsse dringenden Regelungsbedarf haben. Nun befindet sich ein entsprechender Gesetzesentwurf in der parlamentarischen Beratung und soll spätestens im Dezember verabschiedet werden. Mit dem Ziel, die Integrationsräte insgesamt aufzuwerten, sind einige Änderungen geplant.

Integrationsrat statt Integrationsausschuss

Nach dem Gesetzesentwurf soll es künftig nur noch Integrationsräte (d.h. zwei Drittel urgewählte VertreterInnen und ein Drittel Stadtverordnete) geben. Damit können auch urgewählte Mitglieder des Integrationsrates als Vorsitzende gewählt werden. Außerdem stellen die gewählten MigrantInnen die Mehrheit, was für einen Ausschuss untersagt war. Dies ist aus Sicht der Stadt Wuppertal kein einfacher Weg. Hier sind die MigrantInnenvertreterInnen ja in einem Ausschuss organisiert, die Zusammenarbeit von Ratsmehrheit und urgewählten VertreterInnen wird von beiden Seiten

als sehr gut bezeichnet. Man hat auf Augenhöhe diskutiert, und für den Rat der Stadt Wuppertal waren die Initiativen des Integrationsausschusses stets wichtig.



Foto: Privat

Der Vorsitzende ist gleichzeitig Ratsmitglied und wird von allen akzeptiert und respektiert. Mit einer Ratsresolution haben Integrationsausschuss und Stadtrat diese Position einstimmig deutlich gemacht.

Auf der anderen Seite wiegen auch die Argumente des Landesintegrationsrates schwer: Soll die Teilhabe der MigrantInnen in der Kommune gestärkt werden, sei ein Integrationsrat das richtige Gremium. Im Ausschussmodell könnten die urgewählten Mitglieder immer von der Ratsmehrheit überstimmt werden. Vorschläge, Initiativen und Anträge der MigrantInnen würden so zumindest theoretisch ausgebremst und erreichen im Zweifel noch nicht einmal die Stadträte. Integrationsräte hätten sehr viel bessere Möglichkeiten.

Mehr Wahlberechtigte

Neben der Frage der Form der Beteiligung (Rat oder Ausschuss) stellt sich ein weiteres Problem: die geringe Zahl der bisher gesetzlich definierten Wahlberechtigten. Denn aktuell können nur AusländerInnen wählen und gewählt werden sowie diejenigen MigrantInnen, die innerhalb der letzten fünf Jahre eingebürgert wurden. Das soll nun grundlegend erweitert werden. Wahlberechtigt sind nach dem Gesetzesentwurf neben den AusländerInnen alle Eingebürgerten (unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Einbürgerung), alle Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft sowie alle Deutschen, die

als Kinder ausländischer Eltern durch Geburt im Inland Deutsche geworden sind. Damit sind z. B. auch Russlanddeutsche wahlberechtigt. Insgesamt werden die Integrationsräte als Vertretungsorgane aller MigrantInnen gestärkt.

Stellvertretung jetzt möglich

Das neue Gesetz soll auch einen weiteren Mangel beheben: Zukünftig wird die Benennung von Stellvertreterinnen und Stellvertretern möglich sein. Bislang blieben die Plätze von erkrankten oder verhinderten Mitgliedern leer, in Zukunft sollen die gewählten StellvertreterInnen einspringen können – so, wie es in den meisten anderen kommunalpolitischen Gremien bereits üblich ist.

Aufgaben der Integrationsräte

Stadträte und Integrationsräte sollen sich über Themen und Aufgaben im Zusammenhang mit der Integration abstimmen. Das hat in Wuppertal eine lange Tradition und dürfte deshalb nicht schwierig werden. Damit verbunden ist die Zuweisung eines eigenen Budgets bzw. der erforderlichen Mittel für die Erfüllung der Aufgaben. Die Höhe hängt natürlich von den Themen und Aufgaben (s. o.) ab.

Wahlen zusammen mit der Kommunalwahl

Es ist geplant, die Wahlen zu den Integrationsräten am selben Tag wie die Kommunalwahlen durchzuführen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Damit ist gewährleistet, dass auch bei den Wahlen zu den Integrationsräten alle Wahllokale in den Kommunen geöffnet sind.

Ausblick

Der Gesetzesentwurf befindet sich momentan in der Beratung. Eine Anhörung wurde bereits durchgeführt. Nun werden die Argumente der Sachverständigen von der Politik abgewogen und beraten. Ziel ist, das Gesetz noch im Dezember zu verabschieden, damit die Wahlen im kommenden Mai zusammen mit den Kommunal- und Europawahlen durchgeführt werden können. Unabhängig von den diskutierten strukturellen Fragen wird es danach entscheidend darauf ankommen, wie ernst die Vertretung der MigrantInnen und Migranten von den Räten genommen wird. Dies erfordert von beiden Gremien den festen Willen, Integrationspolitik als Kernaufgabe kommunalen Handelns zu begreifen und auf Augenhöhe mit Inhalten zu füllen.

BEREICHERUNG FÜR DIE FREIE KUNSTSZENE

Kooperation zwischen Schulen und dem Neuen Kunstverein

Eine gelungene Kooperation zwischen drei Schulen und dem Neuen Kunstverein Wuppertal konnte im November in den Ausstellungsräumen in der Hofaue 51 in Elberfeld bewundert werden. Rund zwei Jahre lang besuchten SchülerInnen im Alter zwischen 7 und 19 Jahren die unterschiedlichen Ausstellungen im Neuen Kunstverein Wuppertal. Sie betrachteten und hinterfragten dabei die Positionen zeitgenössischer Künstler*innen und experimentierten dazu mit museumspädagogischen Aktionen. Die Ausstellung „Raum“ mit künstlerischen Sichtweisen der Schüler*innen war

der Höhepunkt dieser Kooperationspartnerschaft. Die Offene Ganztagsgrundschule Yorckstraße, die Gesamtschule Else Lasker-Schüler und das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium haben damit zeitgenössische Kunst in ihr Programm aufgenommen. In Unterrichtsabläufen wurde das Thema behandelt und die Schüler*innen wurden ermutigt, künstlerisch zu arbeiten. Für die Schüler*innen war es ein aufregendes Ereignis, ihre Werke in Räumen zeigen zu dürfen, in denen sonst namhafte internationale Künstler*innen ausstellen. Wir GRÜNEN begrüßen es sehr, dass der Neue Kunstverein dieses Projekt fortsetzen will, und freuen uns schon auf die nächste Ausstellung der Schüler*innen im Herbst 2014.



Foto: Helmut Nockemann

„Netzwerk-Arbeit“ der Klasse 7f der Gesamtschule Else Lasker-Schüler: Ein Netz strukturiert einen realen oder imaginären Raum. Es verbindet verschiedene Orte miteinander. Die Schüler*innen befinden sich alle in einem imaginären (Mobil-)Netzwerk. In der aktuellen Arbeit vernetzen sie sich real und praktisch. Außerdem haben sich drei Schulen vernetzt und bilden im Kunstraum ein Netzwerk.

UMBAU DÖPPERSBERG

■ GRÜNEN ANTWORTEN AUF FRAGEN

FORTSETZUNG VON SEITE 2

Die Folge des Baustopps wäre eine Jahre währende Mondlandschaft vor dem Bahnhof, die allein mit städtischen Geldern in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden müsste. Hierfür würden rund 80 Millionen Euro benötigt, mithin zehn Millionen Euro mehr, als für den Umbau allein durch die Stadt finanziert werden müsste. Daher ist aus unserer Sicht die Fragestellung, ob man den Döppersberg für 105 oder für 140 Millionen Euro umbauen will, falsch. Die Frage müsste sein, ob man den Umbau will oder ihn ablehnt.

8. Wie stehen die GRÜNEN zukünftig zum Döppersberg und wie werden sie sich bei möglichen weiteren Kostensteigerungen verhalten?

Natürlich stehen wir auch weiterhin zum Döppersberg-Umbau, da wir

trotz der jetzt diskutierten Mehrkosten davon überzeugt sind, dass er eine deutliche Verbesserung für die Stadt bringen wird. Allerdings werden wir die weitere Entwicklung kritisch begleiten, da CDU, SPD und FDP mit ihrer Entscheidung, der Verwaltung einen Blankoscheck auszustellen, unter Beweis gestellt haben, dass sie nicht an einer deutlich transparenteren Informationspolitik interessiert sind. Wer aus den Fehlern der Vergangenheit, die zu den Mehrkosten und dem Unmut in der Öffentlichkeit führten, nichts lernt, gefährdet dieses Vorhaben mehr als derjenige, der sich für eine ehrliche Bestandsaufnahme ausspricht, bevor weitreichende Entscheidungen getroffen werden.

Deshalb werden wir unsere Forderung nach Offenheit und Ehrlichkeit auch bei möglichen weiteren Kostensteigerungen aufrechterhalten.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204

Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.),
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Paul Yves
Ramette, Gerta Siller, Marcel Simon, Anke
Woelky

Gastbeiträge und Kommentare:

Jutta Velte MdL, integrationspolitische
Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion

Boris Meißner, Mitinitiator des Heinrich-
Heine-Kiosk

Sascha Schäffner, Sprecher der GRÜNEN
Jugend Wuppertal

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 14.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38;
bioSophie, Sophienstr. 26

Die Abgabe ist kostenlos!



Mit DIR wird's
was:
Jetzt Mitglied werden!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de
Friedrich-Ebert-Str. 76
Telefon: 0202 / 87811

ANZEIGE

HAUSHALTSBERATUNGEN: 2014/2015

■ HAUSHALTSBERATUNGEN 2014/2015

Die GRÜNE Fraktion hat in der Ratssitzung im November sowohl den Haushaltsplan der Stadt Wuppertal als auch den ergänzenden Antrag von CDU und SPD abgelehnt. Während der städtische Haushalt noch fachlichen Anforderungen entspricht, enthält der Antrag von CDU und SPD nach unserer Auffassung fast ausschließlich Luftbuchungen.

Lediglich der Erhöhung der Zuschüsse für die Freien Träger hätten wir zustimmen können. Aus diesem Grund hat die GRÜNE Fraktion einen eigenen Antrag vorgelegt, den wir hier kurz darstellen möchten.

Für die Freie Wohlfahrtspflege, die Pflichtaufgaben für die Stadt Wuppertal wahrnimmt, fordern wir für das Jahr 2014 eine Erhöhung von 168.573 Euro und im Jahr 2015 von 174.480 Euro. Diese Mittel sind seitens der Stadt seit 12 Jahren nicht mehr erhöht worden, dabei sind sie zwingend notwendig, um die steigenden Personalkosten aufzufangen. Langfristig fordern wir eine dynamische Anpassung der Mittel für die Übernahme dieser so wichtigen sozialen Aufgaben.

Um den Eigenanteil für das Fanprojekt zu sichern, stellen wir jährlich 20.000 Euro für das Kinder- und Jugendhilfeprojekt ein. Es gewährleistet auf der Grundlage des Nationalen Konzeptes für Sport und Sicherheit die Grundlage für mehr Sicherheit beim Sport in



Foto: Mathias Kehren

unserer Stadt. Der städtische Eigenanteil ist die Voraussetzung für eine Förderung von Land und DFB.

Planungs- und Einbaukosten von je 5.000 Euro fordern wir für eine Hebeanlage für die Schwimmoper, die mit der Uni Wuppertal entwickelt und angepasst werden soll.

Betrachtet man die Haushaltsforderungen von CDU und SPD, so sucht man dort seit acht Jahren vergebens das Wort „Klimaschutz“. Damit der städtische Eigenanteil aufgebracht werden kann, der Voraussetzung ist, um Mittel vom Land NRW und vom Bund zu erhalten, haben wir für 2014 und 2015 pro Jahr 150.000 Euro eingesetzt. Mit diesem Geld soll die Steuerung von Klimaschutz und Klimawan-

delanpassung gefördert werden.

Aufgrund des Ausbaus der Nordbahntrasse und des dadurch ausgelösten Radfahrbooms haben wir die Summe von 100.000 Euro pro Jahr für den Erhalt und den Ausbau von Radwegen eingesetzt. Eine weitere Forderung in diesem Bereich sind Mittel von 150.000 Euro pro Jahr, um die Zuwegungen zur Nordbahntrasse in den Stadtteilen sicherzustellen.

Dem weiteren Ausbau des Döppersbergs stimmen wir nach einer Kostenüberprüfung zu. Das bedeutet für uns jedoch, dass eine Erweiterung der City-Arkaden tabu ist. Stattdessen wollen wir jährliche Mittel von 100.000 Euro einsetzen, um den Umbau des Platzes am Kolk zu einem

Bürger*innenplatz zu realisieren. Hier können wir uns auch eine Bürgerbeteiligung bei der Planung vorstellen – das stärkt die Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern des Platzes.

Im Bereich Förderung der freien Kulturszene fordern wir zur Finanzierung von freien Kulturprojekten und kulturellen Einrichtungen je 80.000 Euro. Mit diesem Geld soll sichergestellt werden, dass die Häuser der freien Kulturszene – wie die Bandfabrik in Langerfeld, der Bürgerbahnhof in Vohwinkel oder das Café Ada in Elberfeld – erhalten bleiben. Die Kooperation von CDU und SPD fördert zurzeit sehr einseitig die Hochkultur und vernachlässigt die Förderung der vielfältigen freien Kulturszene in Wuppertal.

Wir sind bereit, 10.000 Euro im Jahr einzusetzen, um ökologische Projekte des Urban Gardening wie den Ledergarten, Wandelgarten und Utopia Stadtgarten sicherzustellen. Alle Vereine und Initiativen können hierzu Anträge stellen.

Um den Betriebsanteil von zehn neuen Kindertagesstätten für unter dreijährige Kinder in besonders unterversorgten Stadtteilen zu sichern, stellen wir im Jahr 2014 600.000 Euro und im Jahr 2015 750.000 Euro ein. Wenn wir junge Mütter aus der Arbeitslosigkeit herausholen möchten, ist eine solche Forderung aus GRÜNER Sicht zwingend. Abgerundet werden unsere Haushaltsforderungen durch

die Förderung des Ausbaus und der Pflege von Spielplatzanlagen für unsere Kleinsten mit einer Summe von 600.000 Euro im Jahr 2014 und 750.000 Euro im Jahr 2015. Des Weiteren fordern wir jeweils 7.000 Euro für die Erhöhung der Fahrtkostenzuschüsse für Jugendfreizeiten, die seit Jahren nicht erhöht wurden.

Es versteht sich von selbst, dass alle unsere Vorschläge (wie vom Kämmerer immer gefordert) gegenfinanziert sind. Durch die Erhöhung der Vergütungssteuer von 18% auf 21,5% versprechen wir uns eine Einnahmeerhöhung von jährlich einer Million Euro. Durch die Zusammenlegung der Kommunalwahl und der Oberbürgermeisterwahl könnten 240.000 Euro eingespart werden. Der Oberbürgermeister hatte noch bis zum 30.11.2013 Zeit, sich zu erklären und lehnte ab.

Ferner gibt es durch eine zeitliche und räumliche Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung Potenzial für Einnahmeverbesserungen in Höhe von 400.000 Euro. Mit unseren Haushaltsforderungen haben wir deutlich gemacht, dass im Haushalt eine Umschichtung zugunsten von Sozialem, Jugend, Kultur und Umwelt möglich ist. Darüber hinaus gilt es, zusätzliche Einnahmequellen zu schaffen. Wie zu erwarten war, lehnte die große Kooperation von CDU und SPD unsere Haushaltsvorschläge in der Ratssitzung am 18.11. zur Gänze ab.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN STÄDTISCHEN GREMIEN WAS MACHT EIGENTLICH ...

■ „MANGELHAFT“ FÜR WUPPERTAL

Nun haben wir es schwarz auf weiß: Der Frauenanteil in den städtischen Gremien lässt sehr zu wünschen übrig. Mit 30% weiblichen Ratsmitgliedern liegt Wuppertal eindeutig unter dem Durchschnitt und kann nur einen der hinteren Plätze belegen.

dem entsprechenden Ausschuss den 15 männlichen Mitgliedern denn auch häufig erklären, dass bei dem einen oder anderen Bauprojekt offensichtlich nicht an die Belange von Müttern mit Kinderwagen gedacht wurde. Noch peinlicher wird es im Hinblick

Auch die anderen Fakten, die der Bericht offenlegt, sind nicht besser. Das ist umso erschreckender, als es eindeutig in den Bestimmungen zur Gremienbesetzung nach dem Landesgleichstellungsgesetz widerspricht. Kaum verwunderlich, dass auch der Beitritt zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“, mit dem der Oberbürgermeister sich noch vor zwei Jahren zu schmücken versuchte, ein reines Lippenbekenntnis blieb.

Und die ewige Klage darüber, Frauen wollten keine Politik machen, widerlegt allein schon die GRÜNE Ratsfraktion, die aus sechs Frauen und fünf Männern besteht. Aber auch ein Blick auf die Schweiz oder deutsche Kommunen wie Frankfurt, München und Osnabrück zeigt, dass es anders geht.

Fazit: Die paritätische Besetzung der Fraktionen ist gut möglich, man muss nur ... – nein, wollen reicht hier nicht mehr aus, das haben die Erfahrungen der letzten Jahre eindeutig gezeigt. Wir brauchen ein Parité-Gesetz (wie es unsere Nachbarn in Frankreich schon haben), das die Parteien zwingt, Frauen gleichberechtigt zur Wahl zu stellen. Wenn wir Frauen hier auf Freiwilligkeit und Einsicht warten wollen, dann wird es wohl noch Jahrzehnte dauern ...



Cartoon: Harm Bengen

Besonders peinlich wird es, wenn man einzelne Ausschüsse betrachtet. In drei Ausschüssen sitzt jeweils nur eine Frau, drei weitere von insgesamt 15 Ausschüssen haben lediglich zwei weibliche Mitglieder. Das Resultat ist ein recht einseitiger Blick, zum Beispiel auf die Belange im Bereich Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen. So muss „unsere Frau“ (Anja Liebert) in

auf die Aufsichts- und Beratungsgremien, in die 118 Männer und nur 33 Frauen entsandt wurden. Katastrophale Ausmaße nimmt es an, wenn man einige Bezirksvertretungen und die Leitungsgremien unter die Lupe nimmt. Dort werden Frauen endgültig zur „Mangelware“, und im Verwaltungsvorstand der Stadt sucht man gar völlig vergebens nach einer Frau.

■ ... DIE GRÜNE JUGEND?



Foto: Privat

Die GRÜNE JUGEND beschäftigt sich zum Beispiel mit den Problemen der politischen Sprache und deren Auswirkungen. So erkundigte sie sich in einem Brief an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen, wie daran gearbeitet werde, das Politik- und Verwaltungsgeschehen verständlich zu machen.

Dieser Problemkomplex war der GRÜNEN JUGEND im Zuge der Auseinandersetzung um den Döppersberg und der ihr zugrundeliegenden katastrophalen Kommunikationssituation verstärkt aufgefallen.

Politiker und Verwaltung müssen sich immer bewusst machen, dass sie nicht ausschließlich für sich selbst schreiben und reden. Wenn man mehr Menschen in politische Prozesse einbinden möchte, sollte man sich ihnen gegenüber auch verständlich ausdrücken. Dafür macht sich zum Beispiel Chris-

tiane Grinda, integrationspolitische Sprecherin der GRÜNEN JUGEND, stark. Der jugendpolitische Sprecher Sascha Schäfner sorgt sich insbesondere darum, dass die mit Abkürzungen und Verklammerungen gespickten Verwaltungsvorlagen, Fraktionsanträge und Reden auf Kinder und Jugendliche nicht nur eine abschreckende Wirkung haben, sondern sie auch aus der Politik aussperren. Deshalb fragt die GRÜNE JUGEND im Rathaus nach, was unternommen wird, um politische Prozesse auch für Laien verständlich zu machen. Dies ist in Anbetracht der anstehenden Kommunalwahl, bei der Jugendliche ab 16 Jahren das erste Mal wählen dürfen, umso wichtiger. Deshalb verspricht die GRÜNE JUGEND: Wir bleiben dran!

Sascha Schäfner, Sprecher der GRÜNEN Jugend Wuppertal



Die Wuppertaler Stadtspitze – ein reiner Männerclub ... Fotos: Mathias Kehren

VORGESTELLT: RAUM FÜR KUNST IN WUPPERTAL

■ DER HEINE-KUNST-KIOSK IN WICHLINGHAUSEN

Seit 2009 betreiben Barbara Held und Boris Meißner den Heine-Kunst-Kiosk in Wichlinghausen.

„Es herrscht gegenwärtig die größte Ruhe. Ein abgematteter, schläfriger, gähnender Friede. Es ist alles still, wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen: man hört ordentlich, wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird“.

Mit diesen Zeilen Heines in einem Schaufenster des Kiosks sowie mit einer Lesung und Performance begannen 2009 die Projekte im Heine-Kunst-Kiosk. Der Kiosk ist als Plattform für temporäre Projekte im öffentlichen Raum konzipiert – in der Schnittfläche von Kunst und Literatur, im Kon-



Foto: Mathias Kehren

text der multikulturellen Bevölkerung Oberbarmens und in Zusammenarbeit mit vorwiegend regionalen Künstlerinnen und Künstlern.

Einen Schwerpunkt bildet das „ANGEKOMMEN IN WUPPERTAL“-Projekt, in dem junge Menschen mit Migrationshintergrund in Fotos, Texten und Col-

lagen ihre Geschichte vorstellen. Das Projekt begann mit der Kurdin Medya Cesen, gefolgt von Rajmonda Grdelaj (Kosovo), Ornella Gounon (Elfenbeinküste) und Tokiko Yukawa (Japan). Bis zum 4. Januar 2014 vermittelt Ekaterina Panyutina (Russland) ihr ganz persönliches Ankommen in Wupper-

tal mit Fotos und der Lesung eigener Texte. Seit April 2013 finden im Kiosk auf Initiative der Klassenlehrerin Frau Büchel „Nachbarschaftsbesuche“ der Klasse 3a der Katholischen Grundschule Wichlinghauser Straße statt.

Frau Büchel sagte dazu: „Wir haben viel „gelernt“, wie Sie an den Reaktionen der Kinder gemerkt haben. Ich habe das Gefühl, dass Sie zunehmend mehr eine Art „künstlerische Patenschaft“ für „meine“ Klasse 3a übernehmen. Weitere Nachbarschaftsbesuche lassen auf sich warten!“ Ein weiterer Nachbarschaftsbesuch findet am 2. Dezember in Anwesenheit von Ekaterina Panyutina statt.

Ein kurzer Rückblick auf das Jahr 2013 zeigt die Vielfalt der unter anderem vom Kulturbüro der Stadt Wuppertal unterstützten Kunstaktionen und -projekte, die breite Kreise der Wichlinghauser Bevölkerung involvieren und ansprechen: Januar: Martin Smida, Objekte und Bilder; März: Die sieben Schönheiten der Wichlinghauser Straße,

ein Fotoprojekt mit Jugendlichen; Mai: Foto-Ausstellung im Altenzentrum Wichlinghausen und Trabadoras del Mundo, Skulpturen, Malerei von Cecilia Herrero-Laffin; Juli: Erdbeergericht, Malerei und Objekte von Olaf Engel; August: Die Schwere der Suche, surreale Zeichnungen von Arturo Ornelas; November bis 4. Januar 2014: ANGEKOMMEN IN WUPPERTAL, „Flieg, kleiner Vogel“ – Kindheit und Erinnerung in Fotos und Lesungen von Ekaterina Panyutina. Das zweite Fotoprojekt mit Jugendlichen läuft von Oktober 2013 bis Anfang 2014 unter dem Titel „GESICHTER – PASSANTEN – AUGENBLICKE: Komm mit, wir gehen nach Wichlinghausen, etwas Besseres als den Tod findest du überall“.

Den Heine-Kunst-Kiosk (HKK) finden Sie in der Wichlinghauser Str 29a, 42277 Wuppertal. Kontakt/Öffnungszeiten: barbaraheld@netic.de
Info zum HKK: www.b-held-kunst.de
Boris.Meissner@freenet.de, www.bbk-bergischland.de

EENE, MEENE, MECK – DIE SPIELFLÄCHE IST BALD WEG!

■ VOM SINN UND UNSINN EINES SPIELFLÄCHENBEDARFSPLANS

Es ist unbestritten, dass eine Stadt wie Wuppertal finanziell weiterhin den Gürtel sehr eng schnallen muss. Aber Wuppertal muss ebenso eine Stadt sein, in der sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen können und genügend Spielmöglichkeiten haben. Und hier fängt der Spagat an!

Es ist wenig (zu wenig) Geld da, um Spielflächen zu sanieren. Dazu kommt noch eine ungleiche Verteilung der Spiel- und Bolzplätze innerhalb des Stadtgebietes. Was tun, wenn man sich entscheiden muss, welche Spielfläche trotz knapper Kasse erhaltenswert ist bzw. saniert werden soll? Die Antwort lautet: Den politischen Gremien, allen voran dem Jugendhilfeausschuss und den Bezirksvertretungen, einen Spielflächenbedarfsplan vorlegen. Dies ist in den vergangenen Monaten geschehen, wohlgemerkt erst, nachdem die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dies massiv einforderte. Ursprünglich war der Spielflächenbedarfsplan von der Verwaltung schon

für das vergangene Jahr angekündigt worden. In der Grundsache ist der Plan kein schlechtes Instrument zur Bedarfsermittlung, beruht er doch auf objektiven Daten, wie der Bevölkerungsdichte und der Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil. Auch soziale Problemlagen, z. B. Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld-II-Bezug, werden mit herangezogen, also alle sogenannten soziodemografischen Daten.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es Spielflächen gibt, die sehr marode sind und nur mit immensen Kosten sanierbar wären. Das Kostendiktat der Kämmerei ist aber auch im Spielflächenbedarfsplan deutlich erkennbar. So wird zum einen vorgeschlagen, 42 bestehende Spielplätze nur noch als Spielfreiflächen zu nutzen. Dies beinhaltet den Abbau aller noch „funktionierenden“ Geräte. Die verbleibenden Flächen sollen als begrünte Spielflächen erhalten werden, müssen sich jedoch dem Nutzungsdruck zum Beispiel von Hundehalter*innen



Foto: Jörg Lange

erwehren. Ein inhaltliches Konzept für diese Naturraumbereiche liegt noch nicht vor, so ist unklar, wie die Flächen zukünftig von der Stadt gepflegt werden, damit sie tatsächlich noch für Kinder und Jugendliche nutzbar sind.

Zum anderen plant die Stadt, weitere 72 Flächen, die ursprünglich einmal als Spielflächen im Flächennutzungs-

plan vorgesehen waren, zu verkaufen. Vielen Bezirksvertreter*innen – auch anderer Fraktionen – ist aufgrund ihrer Ortskenntnis aufgefallen, dass nur ein Teil dieser Flächen lukrativ als Bauland verkauft werden könnte. Viele Flächen sind nämlich vergleichsweise klein oder es gibt andere Verkaufshemmnisse wie Regenrückhaltebecken auf

dem Grundstück etc. Der eigentliche Skandal liegt jedoch in der politischen Bewertung und darin, dass gerade die Meinung der Bezirksvertretungen nicht ernst genommen wird. So wurde beispielsweise dem Wunsch mehrerer Bezirksvertretungen, bei einem Verkauf im Rat jeweils über die einzelne Fläche abzustimmen, nicht Rechnung getragen. Stattdessen wurde von den Mehrheitsfraktionen CDU und SPD im Rat sowohl dem Spielflächenbedarfsplan als auch der sachlich mit ihm zusammenhängenden Vorlage „Verkauf von städt. Spielflächen“ pauschal zugestimmt. Dieser Beschluss füllt zwar das Stadtsäckel, aber in Anbetracht der Tatsache, dass es in sieben von zehn Stadtbezirken einen Fehlbefund an Spielflächen gibt, sehen kreative Lösungen im Sinne der zukünftigen Generationen anders aus. Bei allem Engagement und dem guten Willen der Fachverwaltung ist der Spielflächenbedarfsplan letztendlich zu einem Spielflächenabwicklungsplan geworden.

PRÄZEDENZFALL WUPPERTAL

■ IKEA MIT FACHMARKTZENTRUM STEHT AUF DER KIPPE

„Baust Du schon oder klagst Du noch?“, so lautete die Überschrift einer dpa-Meldung im März 2013. Dabei ging es darum, dass IKEA seit 2009 versucht, auf EU-Ebene eine Klärung zum Bau weiterer IKEA-Märkte zu erreichen.

Die Frage ist, ob die Vorgaben der Landesplanung in einem Bundesland (wie hier in NRW, Ähnliches gibt es jedoch auch in Baden-Württemberg) das Prinzip der Niederlassungsfreiheit verletzen. Nun soll Wuppertal als Präzedenzfall dienen, um IKEA mit einem Einkaufszentrum möglich zu machen.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die Bezirksregierung in Düsseldorf eine Flächennutzungsplan-Änderung wegen Verstoßes gegen die Ziele der Raumordnung und weiterer Abwägungsfehler untersagt. Im Bescheid der Bezirksregierung heißt es: „Die letzt-



Foto: Mathias Kehren

lich vorliegende Sortimentsliste erfüllt nicht die Anforderungen an ein schlüssiges und willkürfreies Sortimentskonzept.“ Das haben wir GRÜNEN schon gesagt, als es um die Änderung der

Sortimentslisten ging. Weiter heißt es: „Offensichtlich war der Grund für die Änderung des Sortimentskonzeptes keine geänderte Einschätzung der Zentrenrelevanz, sondern allein die Absicht

der Stadt Wuppertal, die Ansiedlung des IKEA-Vorhabens mit Homepark trotz der Untersuchungsverfügung der Staatskanzlei zu ermöglichen.“

Wir GRÜNEN sind für ein Möbelhaus in Wuppertal, und wir sind dafür, noch einmal mit IKEA darüber zu sprechen, ob der Konzern bereit ist, von seinem Homepark-Konzept (d.h. Einkaufszentrum mit IKEA und anderen Geschäften) Abstand zu nehmen. Wir könnten uns eine IKEA-Filiale ohne Homepark an dieser Stelle vorstellen. Wir wissen aber auch, dass IKEA eben nicht vom Homepark abweichen will, und denken deswegen inzwischen über Alternativen nach. In Neuss wurde gerade die Diskussion über die Ansiedlung eines Möbelmarktes beendet. Möbel Höffner wird bauen, Segmüller und Schaffrath kamen nicht zum Zuge. Es gibt nun also zwei große Möbelhäuser

– Segmüller nimmt in Deutschland den siebten Platz ein, Schaffrath den zehnten –, die daran interessiert sind, in der Region eine Filiale zu eröffnen. Warum kann die Stadt Wuppertal, insbesondere die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, nicht mit diesen beiden Firmen darüber reden, ob sie Interesse am Standort Wuppertal haben?

Was wir als GRÜNE nicht möchten, ist, dass sich in einigen Jahren an der Stadtgrenze zu Sprockhövel und Schwelm eine große Freifläche ohne Bebauung erstreckt – vielleicht mit einem Köttbullar-Verkaufswagen für das „IKEA-Feeling“, aber ohne Chance, dort etwas anderes zu kaufen.

Deswegen lautet unser Appell an die Stadt, die Chance zu nutzen. Es besteht Interesse von Möbelhäusern, eine Filiale in Wuppertal zu eröffnen. Es muss nicht unbedingt IKEA sein.

RATS-CHRONIK SEPTEMBER 2013



Foto: Jörg Lange

Bürgeranträge zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen

Im Hauptausschuss am 30.09.2013 wurden zwei Bürgeranträge diskutiert, die zum Schutz von Katzen und Menschen die Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen auch in Wuppertal zur Pflicht machen möchten. Damit soll der unkontrollierten Vermehrung von Katzen Einhalt geboten, aber auch die Gefahr der Übertragung von Krankheiten verringert werden. Leider durften die Antragstellerinnen, die zugleich Expertinnen von Tierschutzorganisationen sind, ihre Argumente nicht vortragen. Um den Bürgerantrag fachlich zu beraten, beantragten die GRÜNEN die Überweisung in den Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. Leider wurden sowohl die Beratung im Ausschuss als auch die Anträge selbst abgelehnt.

Kosten und Nutzen der Kleinen Höhe

In der Ratssitzung am 30.09.2013 fragte die GRÜNE Fraktion unter anderem nach den angefallenen Kosten der letzten Umweltverträglichkeitsprüfung, nach Vermarktungskonzepten sowie dem Personalaufwand im Zusammenhang mit der Kleinen Höhe. Die GRÜNEN wollen damit einmal mehr auf die sinnlose Verschwendung öffentlicher Gelder aufmerksam machen. Dass wir damit recht haben, musste auch die Verwaltung in ihrer Antwort zugeben.

Baumarkt und Discounter Lichtscheid

Noch ein Baumarkt auf Lichtscheid? Ja, leider, obwohl völlig überflüssig. Der Rat entschied mit den Stimmen von CDU und SPD einen entsprechenden Satzungsbeschluss. Wuppertal braucht nicht zwei Baumärkte auf Lichtscheid, der Bedarf in Wuppertal ist gedeckt. Die GRÜNE Fraktion stimmte deshalb gegen den Satzungsbeschluss.

Satzungsbeschluss

Bebauungsplan Holländische Heide
Die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnte, wie die Mehrheit der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg, den Bebauungsplan 1173 Holländische Heide in der Ratssitzung ab. Die Bebauung fällt zu massiv aus, darüber hinaus gibt es in der Vorlage widersprüchliche Aussagen und Schlussfolgerungen zu den Themen Waldrand, Quellenschutz und Klimaausgleich.

Es ist normal, verschieden zu sein – Handlungsprogramm zur Inklusionspolitik

Endlich geht es los: Die Politik diskutiert mit der Verwaltung über Inklusion und darüber, was die Stadt noch tun muss, um die Teilhabe aller Menschen – mit und ohne Behinderungen – am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.

Die Verwaltung hat dazu ein Konzept erstellt, die GRÜNE Ratsfraktion hat es um einen umfangreichen Antrag

ergänzt, und nun wird die Fachdiskussion mit den Freien Trägern und Betroffenenverbänden in Wuppertal geführt. Dazu bilden alle Anträge und Konzepte die Grundlage, weshalb wir mit großer Freude diesem Verfahren zugestimmt haben.

Aufgabe und Übertragung von kommunalen Sportstätten

Die GRÜNE Fraktion stimmte gegen eine Vorlage der Verwaltung, die mehrere Sportstätten schließen will, um Geld zu sparen.

Es handelt sich um den Nebenplatz des Stadions am Zoo, die Stadion-Turnhalle, den unteren Sportplatz an der Eschenbeek und um den Sportplatz Schützenstraße. In den Bezirksvertretungen wurde das Thema kontrovers diskutiert, Elberfeld-West und Uellendahl-Katernberg hatten die Pläne ebenfalls abgelehnt.

Spielflächenbedarfsplan Wuppertal 2012

Der Titel weckt Hoffnungen, die von der Vorlage nicht erfüllt werden können, denn der große Bedarf an Spielflächen und der zum Teil schlechte Zustand der vorhandenen Plätze macht wesentlich höhere Investitionen nötig, als seitens der Stadtspitze und der großen Koalition dafür zur Verfügung gestellt werden.

Deshalb haben die GRÜNEN im Rat gegen die Vorlage gestimmt.

RATS-CHRONIK NOVEMBER 2013

Verabschiedung des Haushaltes 2014/15

In der Ratssitzung am 18.11.2013 verdeutlichte der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Peter Vorsteher mit dem Antrag der Ratsfraktion zum Haushalt, dass Ausgaben in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Umwelt und Verkehr durch Umschichtungen in anderen Bereichen möglich sind. Wir GRÜNEN haben sie in sich schlüssig finanziert, das heißt, dass wir für jede zusätzliche Ausgabe Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen haben. Darüber hinaus haben wir einige der Vorschläge von BürgerInnen zum Haushalt aufgenommen. CDU und SPD sind unserem Antrag nicht gefolgt und lehnten ihn ab. Den Antrag von CDU und SPD zum Haushalt haben wir abgelehnt, da die Vorschläge vor allem aus Luftbu-chungen und Schauanträgen bestehen.

Mehrausgaben für den Döppersberg

Die GRÜNEN halten nach wie vor am Umbau des Döppersbergs fest, denn dies ist die einzige Möglichkeit, den Busbahnhof in Elberfeld für die NutzerInnen von Bus und Bahn attraktiv, barrierefrei und zukunftssicher zu gestalten. Aber klar ist auch: Mit dem Umbau steht es nicht zum Besten. Die Kosten laufen aus dem Ruder, die Bauzeit verlängert sich und eine zeitweilige Schließung der B7 wird ins Gespräch gebracht.

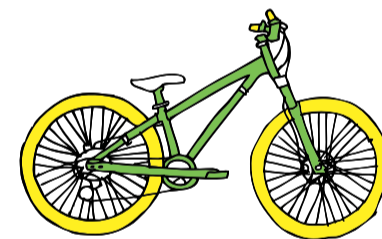
Um konkrete Details zur Planung zu erhalten, stellten die GRÜNEN deshalb

schon zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 07.11.2013 eine umfangreiche Anfrage.

Die Antwort der Verwaltung macht vor allem eines klar: der Stopp des Projektes ist keine Alternative, das Beharren auf den städtischen Kosten von 105 Millionen Euro jedoch auch nicht. Zur Ratssitzung stellte die GRÜNE Ratsfraktion einen Antrag zur unabhängigen Überprüfung der Projektkosten, der Stärkung der Innenstadt und zur öffentlichen Diskussion der B7-Sperrung, der leider an der Mehrheit von CDU und SPD scheiterte.

In einer Ratsrede fasste unsere Verkehrsexpertin Anja Liebert die wesentlichen Aspekte des Antrages zusammen, erläuterte die Unterschiede zu den Anträgen anderer Fraktionen und hob noch einmal hervor, dass die Stadt ein Kommunikationsdesaster verursacht hat, das dem Projekt Döppersberg großen Schaden zugefügt hat. Klaus Lüdemann ergänzte als Mitglied der Begleitkommission Döppersberg die Debatte um viele Fragen, die bisher nicht beantwortet wurden.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie unter www.gruene-wuppertal.de in der Rubrik Aktuelles.



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



RATS-CHRONIK NOVEMBER 2013

Die GRÜNE Ratsfraktion bleibt dabei: IKEA ist in Wuppertal willkommen, aber nur ohne ein die Innenstadt schädigendes Fachmarktzentrum. Deshalb stimmte die GRÜNE Ratsfraktion am 11.11.2013 gegen den Vorschlag der Verwaltung, das Land zu verklagen. Die Bezirksregierung hatte die Genehmigung zur Ansiedlung verweigert, vor allem wegen der geplanten zusätzlichen Einzelhandelsflächen mit zentrenrelevanten Sortimenten. Unsere Expertin Anja Liebert, die sich vor allem zum Sortimentsproblem äußerte, und unser Experte Klaus Lüdemann, der Alternativen zu IKEA benannte, erläuterten in ihren Reden nochmals die Position der GRÜNEN – vergebens, denn CDU, SPD und FDP stimmten für eine Klage. Wir finden es schade, dass

die große Kooperation aus CDU und SPD verbissen an dem Konzept IKEA PLUS Fachmarktzentrum festhält, so dem Einzelhandel schadet und die notwendige Ansiedlung eines Möbelhauses in Wuppertal verhindert. Nicht die Landesregierung oder die Bezirksregierung tricksen, wie die CDU suggeriert, sondern die Stadt versucht mit allen Mitteln, ein zentrenunverträgliches Konzept irgendwie passend zu machen.



Foto: Mathias Kehren